

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Kapitel 1: Einleitung	21
A. Relevanz	21
B. Vorbemerkung und Gang der Untersuchung	25
C. Entwicklung des besonderen Konflikts des Arbeitskampfes in der sog. Daseinsvorsorge	29
I. Historie des Streiks im Hinblick auf Konflikte in der sog. Daseinsvorsorge und alternative Regelungsmodelle	29
II. Arbeitskampfspezifische Besonderheiten in der sog. Daseinsvorsorge	35
1. Der »normale« Arbeitskampf als Ausgangspunkt der Betrachtung	35
2. Besondere Bewertungsschwierigkeiten bei Arbeitskämpfen zulasten der Allgemeinheit	38
III. Aktuelle Brisanz, Veränderung der tatsächlichen Umstände	39
Kapitel 2: Zu den existierenden Maßstäben bei Arbeitskampf-Exzessen zulasten der Allgemeinheit	43
A. Der Begriff der Daseinsvorsorge als Kriterium bei der Begründung engerer Arbeitskampfschranken	43
I. Historische Entwicklung des Topos »Daseinsvorsorge«	44
II. Der Topos »Daseinsvorsorge« als Abgrenzungskriterium für die Unterscheidung von klassischem und besonderem Arbeitskampfrecht	46
III. Ungeeignetheit der bisherigen Ansätze	47
IV. Arbeitskampfrechtlicher Daseinsvorsorge-Begriff?	49
V. Zwischenergebnis	53
B. Ansatz der Entbehrlichkeit einer besonderen Einschränkung	54
I. Unbeachtlichkeit von Drittschäden als zwingende Folge der Privatisierung	54

II. Unbeachtlichkeit von Drittschäden aufgrund einer Duldungspflicht	56
1. Existenz eines zivilrechtlichen Aufopferungsprinzips	56
2. Existenz eines verfassungsrechtlichen Aufopferungsprinzips	61
III. Zwischenergebnis	63
C. Untersuchung der hergebrachten Maßstäbe bei Arbeitskampf-Exzessen zugunsten der Allgemeinheit samt der vorgeschlagenen dogmatischen Modifikationen	64
I. Arbeitskampfverbot aus Art. 33 Abs. 4 und 5 GG	65
II. Der Ultima-Ratio-Grundsatz als besondere Grenze für Arbeitskämpfe zugunsten der Allgemeinheit	71
1. Einführung in die Problematik der Grenze aus dem Ultima-Ratio-Prinzip	71
2. Konkrete Handhabe des Ultima-Ratio-Prinzips bei drittlastigen Arbeitskämpfen in der Daseinsvorsorge	73
3. Kritik an der Ultima-Ratio-Grenze	74
4. Zwischenergebnis	77
III. Ein »Gemeinwohlvorbehalt« als zusätzliche Grenze für Arbeitskämpfe zugunsten der Allgemeinheit	77
1. Herleitung und Selbständigkeit der Gemeinwohlgrenze beim Arbeitskampf	78
2. Der Gemeinwohlvorbehalt im Spiegel der Rechtsprechung	81
3. Inhaltliche Konkretisierung des Gemeinwohlvorbehalts	82
4. Kritik am Gemeinwohlvorbehalt	86
5. Zwischenergebnis	90
IV. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip als besondere Grenze für Arbeitskämpfe zugunsten der Allgemeinheit	91
1. Einführung in die Problematik der Grenze aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip	91
a) Historie des Verhältnismäßigkeitsprinzips im Arbeitskampfrecht	92
b) Beschreibung der Facetten des Verhältnismäßigkeitsprinzips	94
c) Zur Prüfung von Drittschädigungen anhand des Verhältnismäßigkeitsprinzips	97
2. Erwogene Modifikationen bei Tarifkonflikten in der Daseinsvorsorge	99
a) Kombination des Verhältnismäßigkeitsprinzips mit zusätzlichen Streikvermeidungsstrategien	99
aa) Ankündigungspflicht	100

bb) Notdienstvereinbarungen	103
cc) Verhandlungs- bzw. Schlichtungsobligation	107
b) Prüfung einer mittelbaren Verhältnismäßigkeit	111
c) Verschärfung des Maßstabs des Verhältnismäßigkeitsprinzips	113
3. Kritik an der Schranke der Verhältnismäßigkeit	115
a) Zur Kombination des Verhältnismäßigkeitsprinzips mit Streikvermeidungsmaßnahmen	116
aa) Ankündigungspflicht	116
bb) Notdienstvereinbarungen	118
cc) Verhandlungs- bzw. Schlichtungsobligation	122
dd) Zusammenfassung	123
b) Zur Prüfung einer mittelbaren Verhältnismäßigkeit	124
c) Zur Verschärfung des Maßstabs des Verhältnismäßigkeitsprinzips	125
4. Zusammenfassung und Zwischenergebnis	128
V. Der Grundsatz der Kampfparität als besondere Grenze für Arbeitskämpfe zulasten der Allgemeinheit	131
1. Einführung in die Problematik von Arbeitskampfrestriktionen aufgrund der Kampfparität	132
2. Ansatzpunkte für ein Ungleichgewicht bei Arbeitskämpfen zulasten der Allgemeinheit	135
3. Kritik an einer Schranke aufgrund der Kampfparität	138
4. Einflüsse von Tarifeinheit und Tarifpluralität auf die Kampfparität bei Arbeitskämpfen in der Daseinsvorsorge	142
5. Zwischenergebnis	145
VI. Zusammenfassung	145
 Kapitel 3: Innovative Erwägungen zur Grenzziehung bei Arbeitskämpfen zulasten der Allgemeinheit	147
A. Erkenntnisse der (Professoren-) Gesetzesinitiativen	147
I. Professoren-Gesetzesentwurf von 1988 (Birk u.a.)	147
II. Professoren-Gesetzesentwurf von 2012	150
III. Zusammenfassung	155
B. Streikeinschränkung aufgrund „aktiver Neutralität“ des Staates – Ausgleichung der staatlichen Regulierung i.R. der Schranke der Kampfparität	156

I. Auszugsweise Darstellung der Regulierung von grundrechtsrelevanten Dienstleistungen und ihr Einfluss auf die Kampfparität	157
1. Regulierung der Flugsicherung	157
2. Regulierung des gewerblichen Luftverkehrs	160
3. Regulierung der (Flughafen-)Feuerwehr	163
4. Regulierung des Schienenverkehrs	163
II. Schlussfolgerungen	165
C. Einschränkung von Arbeitskampftaktiken aufgrund drittschädigender Absichten der Akteure	169
 Kapitel 4: Eckpunkte des Grundgesetzes für die Bewertung von Arbeitskämpfen zulasten der Allgemeinheit	173
A. Interessen der Tarifvertragsparteien (Art. 9 Abs. 3 GG)	173
I. Schutzbereich der Koalitionsfreiheit	174
II. Einschränkungsmöglichkeiten der Koalitionsfreiheit	176
1. Arbeitskampfeinschränkung durch Eingrenzung des Gewährleistungsbereichs	179
2. Arbeitskampfeinschränkung durch Schrankengesetze	184
3. Einschränkung durch Ausgestaltungsgesetz	190
III. Zusammenfassung	198
B. Entgegenstehende Wertungen im Gewährleistungsstaat	200
I. Das Konstrukt der staatlichen Gewährleistungsverantwortung als Ausgangspunkt der Betrachtung	200
1. Begriff des Gewährleistungsstaats und der Gewährleistungsverantwortung	202
2. Normative Verankerung des Konzepts der Gewährleistungsverantwortung	204
II. Die beim Arbeitskampf in der Daseinsvorsorge relevanten Werte der Gewährleistungsverantwortung im Einzelnen	207
1. Geschützte individuelle Interessen der Leistungsempfänger	207
a) Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG)	207
b) Soziokulturelle Interessen der Bevölkerung, insbesondere Mobilität	209
c) Individuelle Rechte aus Unionsrecht	211
2. Schützende objektive Wertungen	213
a) Sozialstaats- und Demokratieprinzip	213
b) Infrastrukturauftrag aus Art. 87e GG ff.	215

c) Objektiv-rechtliche Vorgaben des Primärrechts der Europäischen Union	217
III. Gewicht und Prüfungsintensität der Gewährleistungsverantwortung	223
1. Auseinandersetzung mit vermeintlichen Schwächen von objektiv-rechtlichen Staatspflichten am Beispiel von grundrechtlichen Schutzpflichten	224
2. Parameter für die Prüfung der Einhaltung der objektiv-rechtlichen Pflichten des Staates	230
a) Untermaßverbot	230
b) Pflicht zur Schaffung eines angemessenen und wirksamen Schutzes	231
c) Pflicht zur Gewährung einer hinreichenden Regelungsdichte (Wesentlichkeitstheorie)	233
d) Beachtung bestehender Schutzkonzepte (Systemgerechtigkeit)	235
3. Zusammenfassung und Übertragung der Untersuchungsergebnisse auf die Gewährleistungsverantwortung	237
C. Gegenüberstellung der dargestellten verfassungsrechtlich geschützten, konfigierenden Interessen	238
I. Vorbemerkung zur Abwägung	238
II. Arbeitskämpfe in der Gesundheitsbranche	240
III. Arbeitskämpfe im Verkehrswesen	243
IV. Arbeitskämpfe in der Energiebranche	245
V. Wesentlichkeitstheorie und Systemgerechtigkeit im Arbeitskampf zulasten der Allgemeinheit	246
1. Beachtung der Systemgerechtigkeit des Gewährleistungsrechts beim Arbeitskampf zulasten der Allgemeinheit	246
2. Beachtung der Wesentlichkeitstheorie beim Arbeitskampf zulasten der Allgemeinheit	247
3. Verschärfe Arbeitskampfschranken als Konsequenz des Fehlens eines Parlamentsgesetzes	252
VI. Fazit	256
D. Verfassungsverstoß wegen eines Rechtsschutz-Defizits der Drittbetroffenen (Justizgewährungsanspruch)	258
I. Geltendmachung von Drittbeeinträchtigungen durch den Arbeitskampfgegner	258
II. Geltendmachung von Drittbeeinträchtigungen durch den Staat	261

III. Geltendmachung von Drittbeeinträchtigungen durch die Dritt betroffenen	263
IV. Bedeutung für das Justizgewährungsrecht	267
Kapitel 5: Vorzugswürdige Schranken für Arbeitskämpfe zulasten der Allgemeinheit	271
A. „Notwendigkeit“ und „Unersetzbarkeit“ der entzogenen Dienstleistung als entscheidende Maßstäbe für Rechtmäßigkeit eines Arbeitskampfes	271
I. Erwartungen an die arbeitskampfrechtliche Fassung des Daseinsvorsorgebegriffs und die daraus resultierende Schranke	272
II. Beispiele für die Heranziehung des Maßstabes der „Notwendigkeit“ und der „Unersetzbarkeit“ in der Literatur	274
III. Begründung der Maßstäbe von „Notwendigkeit“ und „Unersetzbarkeit“	275
1. Ableitung aus regulierungsrechtlichen Erwägungen	276
a) „Unersetzbarkeit“ und „Notwendigkeit“ im Regulierungsrecht	276
b) Eignung und Zweckmäßigkeit der Maßstabsübertragung auf das Recht des Arbeitskampfes zulasten der Allgemeinheit	279
c) Schlussfolgerungen	282
2. Ableitung aus wettbewerbsrechtlichen Erwägungen	284
a) „Unersetzbarkeit“ und „Notwendigkeit“ im Wettbewerbsrecht	284
b) Eignung und Zweckmäßigkeit der Maßstabsübertragung auf das Recht des Arbeitskampfes zulasten der Allgemeinheit	286
c) Schlussfolgerungen	290
IV. Zusammenfassung der konkreten Voraussetzungen für strengere Arbeitskampfeinschränkungen	294
V. Fazit und Zwischen ergebnis	295
B. Modifikationen der Koalitionsbetätigung zur Vermeidung übermäßiger Drittbelastung	298
I. Druckausübung mittels organisatorischer und wirtschaftlicher Belastungen	298
II. Einschränkende Vorgaben für Notstandsvereinbarungen	300
III. Einigung durch Tarifkommission	306

1. Historische Vorbilder für Schlichtungskommissionen im deutschen Recht	308
a) Tarifvertragsordnung von 1918, Verordnung über das Schlichtungswesen von 1923 und Kontrollratsgesetz Nr. 35	309
b) Fazit	313
2. Internationale Erfahrungen zu Schlichtungskommissionen	315
3. Kommissionsmodell des ‚Dritten Weges‘	320
a) Konfliktshaltung bei Caritas und Diakonie	321
b) Fazit	325
4. Zusammenfassung und Schlussfolgerung aus der vorangegangenen Analyse von Schlichtungskommissionen	329
a) Modalitäten der Entsendung von Repräsentanten	330
b) Verfahrensvorschriften und Geschäftsordnungspunkte	331
c) Person des Schlichters/Kommissionsvorsitzenden	331
d) Keine Instanz für Machbarkeits-Kontrolle	333
e) Sonstige Einwände	333
f) Fazit	335
IV. Zwischenergebnis	337
C. Beispielhafte Anwendung der neuen Formel	338
I. Arbeitskämpfe im Flugverkehr	339
II. Arbeitskämpfe im Schienen-, Straßen- und Wasserstraßenverkehr	342
III. Arbeitskämpfe in der Energiebranche	344
IV. Arbeitskämpfe im Postgewerbe	345
V. Arbeitskämpfe in der Kinder- und Seniorenbetreuung	346
 Kapitel 6: Vereinbarkeit mit den Vorgaben des internationalen Rechts	349
A. Konsistenz der dargestellten Arbeitskampfrestriktionen mit dem Recht der Europäischen Union	350
I. Die Gewährleistungen des Arbeitskampfes in der Europäischen Grundrechtecharta	350
II. Übersicht über Einschränkungen des europäischen Schutz von Arbeitskampfmaßnahmen zugunsten der Aufrechterhaltung notwendiger, unersetzbarer Dienstleistungen	353
1. Grundrechtecharta-immanente Grenzen	353
2. Europäische Grundfreiheiten als Relativierung der Arbeitskampffreiheit	357

III. Zwischenergebnis	361
B. Konsistenz der dargestellten Arbeitskampfrestriktionen mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)	363
I. Vorbemerkung zur EMRK und zu ihrer Wirkung im deutschen Recht	363
II. Die Gewährleistungen des Arbeitskampfes nach der EMRK	365
III. Übersicht über die Einschränkungen der Arbeitskampffreiheit zugunsten der Aufrechterhaltung notwendiger, unersetzbarer Dienstleistungen nach dem Recht der EMRK	366
IV. Zwischenergebnis	371
C. Konsistenz der dargestellten Arbeitskampfrestriktionen mit der Europäischen Sozialcharta (ESC)	372
I. Vorbemerkung zur ESC und zu ihrer Wirkung im nationalen Streikrecht	372
II. Die Gewährleistungen des Arbeitskampfes nach der ESC	374
III. Übersicht über die Einschränkungen der Arbeitskampffreiheit zugunsten der Aufrechterhaltung notwendiger, unersetzbarer Dienstleistungen nach dem Recht der ESC	375
IV. Zwischenergebnis	377
D. Konsistenz der dargestellten Arbeitskampfrestriktionen mit Abkommen Nr. 87 der International Labor Organization (ILO)	378
I. Vorbemerkungen zum Übereinkommen Nr. 87	378
II. Die Gewährleistungen des Arbeitskampfes nach dem ILO-Abkommens Nr. 87	379
III. Übersicht über die Einschränkungen der Arbeitskampffreiheit in der Daseinsvorsorge nach der ILO	380
IV. Zwischenergebnis	381
E. Konsistenz der dargestellten Arbeitskampfrestriktionen mit der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer	382
F. Konsistenz der dargestellten Arbeitskampfrestriktionen mit UNÜbereinkommen	384
G. Zusammenfassung	386
 Kapitel 7: Schlussbetrachtung	387
A. Zusammenfassung	387
B. Fazit	403
 Literaturverzeichnis	405